

Stenographisches Protokoll.

2. Sitzung der III. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Mittwoch, den 29. Oktober 1947.

Inhalt.

1. Eröffnung durch den Präsidenten (S. 3).
2. Mitteilung des Einlaufes (S. 3).
3. Beantwortung von Anfragen durch den Landeshauptmann (S. 3).
4. Verhandlung:
 - Antrag, betreffend Triestingbrücke in Weißenbach, Landstraße 22/272 (Antrag der Abgeordneten Nimetz, Grafeneder, Staffa, Steirer, Mentasti und Genossen vom 27. März 1947, Berichterstatter: Abg. Nimetz (S. 5); Abstimmung (S. 5).
 - Antrag, betreffend Brücken in Berndorf (Antrag der Abgeordneten Nimetz, Grafeneder, Staffa, Steirer, Mentasti und Genossen vom 27. März 1947), Berichterstatter: Abg. Nimetz (S. 5); Abstimmung (S. 5).
 - Antrag, betreffend Marchschutzdamm Dürnkrot-Waidendorf und Drösing, Schließung der Öffnungen (Antrag der Abgeordneten Wondrak, Kuba, Popp, Zettel, Ficker und Genossen vom 2. April 1947), Berichterstatter: Abg. Kuba (S. 5); Abstimmung (S. 5).
 - Antrag, betreffend Ausbau der Ernstbrunner Bundesstraße von Wollmannsberg bis Niederfellabrunn (Antrag der Abgeordneten Mitterhauser, Legerer, Wallig, Romsy, Theuringer, Naderer und Genossen vom 4. Juni 1947), Berichterstatter: Abg. Legerer (S. 5); Abstimmung (S. 5).
 - Antrag, betreffend Instandsetzung der Bezirksstraße Freiland—Türnitz—Mariazell, Berichterstatter: Abg. Sigmund (S. 5 und S. 6), Redner: Abg. Tesar (S. 5); Abstimmung (S. 6).
 - Antrag, betreffend die Vorlage der Landesregierung über die außerordentliche Landeshaftung bei der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich für Wiederaufbaudarlehen, Berichterstatter: Abg. Dr. Steingötter (S. 6); Abstimmung (S. 7).
 - Antrag, betreffend die Errichtung von Verwaltungsschulen zur Heranbildung eines beamteten Nachwuchses des fachlichen und gehobenen fachlichen Dienstes für die Gemeinde- und Bezirksverwaltung, Berichterstatter: Abgeordneter Vesely (S. 7 und S. 9), Redner: Abgeordneter Dr. Riel (S. 7); Abstimmung (S. 10).
 - Antrag, betreffend Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Bruck an der Leitha und Hainburg an der Donau, Berichterstatter: Abgeordneter Wallig (S. 10 und S. 11), Redner: Abg. Koppensteiner (S. 11), Abg. Denk (S. 11); Abstimmung (S. 11).
 - Dringlichkeitsantrag, betreffend die Sicherheitsverhältnisse im Lande Niederösterreich, Begründung der Dringlichkeit: Abg. Endl (S. 11); Abstimmung über die Dringlichkeit (S. 12), Berichterstatter: Abg. Endl (S. 12 und S. 15), Redner: Abg. Koppensteiner (S. 12),

Abg. Zach (S. 14); Abstimmung (S. 15).

5. Bericht des Landesrates Schneidmadl über die Schwedenhilfe (S. 15).

PRÄSIDENT (*um 14 Uhr 7 Minuten*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*): Anfrage der Abgeordneten Mentasti, Reif, Sigmund, Kren, Steirer und Genossen, betreffend Einschränkung des Lehrganges für Forstschüler an der Hochschule für Bodenkultur.

Antrag der Abgeordneten Kaindl, Zach, Marchsteiner, Naderer, Kaufmann, Endl und Genossen, betreffend Errichtung einer Hauptschule in der Marktgemeinde Vitis mit Beginn des Schuljahres 1948/49.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Endl, Mentasti, Dr. Riel, Dr. Steingötter, Bachinger, Sigmund, Mitterhauser, Wondrak, Schwarzott, Koppensteiner und Genossen, betreffend die Sicherheitsverhältnisse im Lande Niederösterreich.

PRÄSIDENT (*nach Zuweisung der Anfrage an den Herrn Landeshauptmann und des Antrages an den Schulausschuß*): Der Dringlichkeitsantrag gelangt am Schluß der Sitzung zur Verhandlung.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Reither.

Landeshauptmann REITHER: Hoher Landtag! In der Sitzung des Niederösterreichischen Landtages vom 18. Juni 1947 haben die Landtagsabgeordneten Bartik, Götzl, Bachinger, Glaninger, Etlinger, Bogenreiter und Genossen an mich das Ansuchen gestellt, die rasche Instandsetzung der durch die Bezirkshauptmannschaft Amstetten infolge der Kriegsereignisse gesperrten Brücken zu veranlassen.

Die von mir angeordneten Erhebungen hatten folgendes Ergebnis, welches ich hiermit dem Hohen Landtag zur Kenntnis bringe:

Die über die Ybbs führenden Brücken bei Gleiß, Kröllendorf und Haslau sind Holzbrücken, deren Baujahr schon ziemlich weit zurückliegt und die durch das Befahren mit

abnormal schweren Lasten anlässlich der Kriegseignisse schwer gelitten haben.

Insbesondere schadhaft ist die Brücke in Kröllendorf, und zwar ist der Bauzustand derselben so schlecht, daß diese Brücke für jeden Fuhrwerksverkehr gesperrt werden mußte.

Für das heurige Baujahr war geplant gewesen, die Ybbsbrücke bei Haslau in der Form definitiv auszubauen, daß die aus Schienenpiloten bestehenden Widerlager zu Betonpfeilern ausgebildet werden sollten und unter Belassung der eisernen Träger eine Fahrbahnplatte aus Stahlbeton aufgebracht werden sollte. Dadurch wäre eine äußerst tragfähige und dauerhafte Brücke entstanden.

Dieses Bauvorhaben mußte jedoch wegen dem herrschenden Zementmangel auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werden.

Ebenso mußte der definitive Ausbau der Brücke in Kröllendorf und Gleiß unterbleiben und vorläufig die Wiederinstandsetzung der Holzbrücken durchgeführt werden.

Von seiten des Landesamtes B/2—d und der Bauabteilung 6 sind bereits die in der nächsten Umgebung ansässigen Zimmermannsfirmer beauftragt, Anbote für die Wiederherstellung der in Betracht kommenden Brücken einzubringen und wird nach Durchsicht derselben und Genehmigung durch die Niederösterreichische Landesregierung die Wiederinstandsetzung der fraglichen Brücken sofort in Angriff genommen werden.

Hoher Landtag! In der 12. Sitzung des Niederösterreichischen Landtages am 4. Juni 1947 haben die Abgeordneten Kaufmann, Marchsteiner, Naderer, Dr. Riel, Schöberl, Waltner und Genossen an mich die Anfrage betreffend die Errichtung einer Bedarfshaltestelle auf der Strecke der Schmalspurbahn Gmünd—Groß-Gerungs bei der Ortschaft Roßbruck gestellt. An den daraufhin vom Landesamt I/7a an das Bundesministerium für Verkehr gestellten Antrag wurde von diesem mit Erlaß vom 5. August 1947, Zl. 6409/1, folgendes eröffnet:

„Die derzeitige schwierige finanzielle Lage der Österreichischen Staatseisenbahnen erfordert die äußerste Einschränkung aller Ausgaben. Die ebenso schwierige Baulage gestattet kaum die Behebung der die Betriebsabwicklung am schwersten beeinträchtigenden Kriegsschäden.

Unter diesen Umständen kann die Errichtung eines neuen Haltepunktes nur dann in Betracht gezogen werden, wenn sich die an der Errichtung interessierten Gemeinden verpflichten, für die Bau- und Erhaltungskosten des Haltepunktes aufzukommen und die für den

Bau erforderlichen Arbeitskräfte und Baustoffe bereitzustellen.

Die Staatseisenbahndirektion Wien wurde angewiesen, zu untersuchen, ob die örtlichen Verhältnisse im Bereich der Ortschaft Roßbruck die Errichtung eines Haltepunktes zulassen und, falls dem Vorhaben weder bautechnisch noch verkehrstechnische Schwierigkeiten entgegenstehen, mit den Interessenten die Verhandlungen über die Kosten- und Lastentragung aufzunehmen.

Wenn das Ergebnis der Untersuchung und der Verhandlungen befriedigend ist, wird das Vorhaben dem eisenbahnbehördlichen Bauverfahren zugeführt werden.“

Ich bitte das Hohe Haus um Kenntnisnahme.

Hoher Landtag! Im Landtag von Niederösterreich wurde in der 7. Sitzung am 27. März 1947 von den Abgeordneten Tesar, Bartik, Bogenreiter, Götzl, Bachinger, Kuchner und Genossen eine Anfrage, betreffend die rasche Instandsetzung der Bahnstrecke Sankt Pölten-Hauptbahnhof nach St. Pölten-Alpenbahnhof zur Ermöglichung eines durchlaufenden Zugsverkehrs eingebracht.

Auf den vom Landesamt I/7a daraufhin an das Bundesministerium für Verkehr gestellten Antrag wurde von diesem mit Zuschrift vom 7. Juli 1947, Zl. 7926/1, eröffnet, daß eines der Haupthindernisse der Instandsetzung obbezeichneter Eisenbahnstrecke der gesprengte Eisbergtunnel war, der bereits wieder instand gesetzt ist.

Die Gleisanlage der Mariazeller Bahn wurde bis knapp vor die künftige Praterstraßenbrücke vorgezogen und unmittelbar vor dieser ein Abstellbahnhof, bestehend aus vier Geleisen, geschaffen, der auch provisorisch als Endbahnhof der Mariazeller Bahn bis zur Fertigstellung der Praterstraßendurchfahrt und der großen Stützmauer längs der Kittelstraße dienen wird. Dieser provisorische Endbahnhof ist anfangs Oktober 1947 fertiggestellt worden. Der Betrieb wurde am 4. Oktober 1947 aufgenommen.

Die Wegstrecke der Reisenden von hier bis in den Hauptbahnhof beträgt 400 m. Die endgültige Einmündung der Mariazeller Bahn im gleichen Niveau des Hauptbahnhofes wird erst nach Fertigstellung der Praterstraßendurchfahrt, mit der erst im nächsten Jahr gerechnet werden kann, und nach Beendigung der Wiederherstellung der bombenzerstörten Stützmauer längs der Kittelstraße, welche derzeit im Gang ist, möglich sein.

Ich ersuche das Hohe Haus, den Erlaß des Bundesministeriums für Verkehr vom 7. Juli 1947, Zl. 7926/1, zur Kenntnis zu nehmen.

PRÄSIDENT: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Nimetz, die Verhandlung zur Zahl 273/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. NIMETZ: Ich habe betreffend Triestingbrücke in Weißenbach, Landstraße II/272 (Antrag der Abgeordneten Nimetz, Grafeneder, Staffa, Steirer, Mentasti und Genossen vom 27. März 1947), zu berichten.

Namens des Bauausschusses stelle ich den Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht der Niederösterreichischen Landesregierung, betreffend die Instandsetzung der Bezirksstraßenbrücke über die Triesting in Weißenbach-Neuhaus, wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Berichterstatter Abg. NIMETZ: Ich habe weiter zur Zahl 275/1, betreffend Brücken in Berndorf (Antrag der Abgeordneten Nimetz, Grafeneder, Staffa, Steirer, Mentasti und Genossen vom 27. März 1947), zu berichten. Der diesbezügliche Antrag des Bauausschusses lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht der Niederösterreichischen Landesregierung, betreffend die Wiederherstellung der beiden Brücken in Berndorf, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Kuba, die Verhandlung zur Zahl 284/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUBA: Ich habe betreffend Marchschutzdamm Dürnkrot—Waidendorf und Drösing, Schließung der Öffnungen (Antrag der Abgeordneten Wondrak, Kuba, Popp, Zettel, Ficker und Genossen vom 2. April 1947), zu berichten.

Der Antrag des Bauausschusses lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht der Niederösterreichischen Landesregierung über die Schließung der Marchschutzdämme in Dürnkrot, Waidendorf und Drösing wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Legerer, die Verhandlung zur Zahl 309/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. LEGERER: Ich habe betreffend Ausbau der Ernstbrunner Straße von Wollmannsberg bis Nieder-Fellabrunn

(Antrag der Abgeordneten Mitterhauser, Legerer, Wallig, Romsy, Theuringer, Naderer und Genossen vom 4. Juni 1947), zu berichten. Der Zustand der in Rede stehenden Straße ist derart schlecht, daß ein Fuhrwerksverkehr dort sehr erschwert ist und Kraftpostfahrzeuge kaum fahren können. Es ist der Wunsch der Bevölkerung, den Ausbau dieser Straße fortzusetzen.

Der diesbezügliche Antrag des Bauausschusses lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht der Niederösterreichischen Landesregierung, betreffend die Instandsetzung der Ernstbrunner Straße im Gebiete der Gemeinden Wollmannsberg und Nieder-Fellabrunn, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Sigmund, die Verhandlung zur Zahl 356 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SIGMUND: Ich habe betreffend Instandsetzung der Bezirksstraße Freiland—Türnitz—Mariazell zu referieren. Der Antrag des Bauausschusses lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Instandsetzung des Straßenzuges Freiland—Türnitz—Mariazell, weil besonders dringend, in das Sofortprogramm der reparaturbedürftigen Straßen aufzunehmen und das Landesamt anzuweisen, die erforderlichen Vorarbeiten für eine baldige Inangriffnahme der Instandsetzungsarbeiten durchzuführen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Wir wissen alle, daß unsere Straßen in einem sehr schlechten Zustand sind. Diese Straße hat aber durch die Kampfhandlungen besonders schwer gelitten. Sie ist die Verbindungsstraße nach Mariazell und es wäre daher wünschenswert, daß das Landesbauamt den Auftrag bekommt, die Vorarbeiten so zu treffen, daß mit den Bauarbeiten, bzw. mit der Instandsetzung dieser Straßenstrecke zeitlich im Frühjahr begonnen werden kann.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt der Herr Abg. Tesar.

Abg. TESAR: Hoher Landtag! Zu dem in Verhandlung stehenden Antrag möchte ich noch ergänzend mitteilen, daß es sich hier um eine Straße handelt, die von den Alliierten nicht als Hauptstraße deklariert worden ist. Das ist auch der Grund, daß sie sich heute noch in einem sehr schlechten Zustand befindet und daher wenigstens ausgebessert werden sollte. Die Straßenstrecke von Freiland nach

Türnitz befindet sich in einem fast desolaten Zustand; besonders die mehr als defekte Straßenstrecke vor Annaberg bildet eine eminente Gefahr, so daß der Verkehr auf der Strecke von Lilienfeld über Türnitz nach Mariazell gesperrt werden müßte, wenn nicht rasch und wirksam Abhilfe geschaffen wird. Die Situation dort ist so, daß eine vor kurzem stattgefundene Kommission festgestellt hat, daß dort immens schwere Arbeiten durchzuführen sind.

Ich möchte daher an das Hohe Haus die dringende Bitte richten, zu veranlassen, daß die zuständige Bauabteilung noch vor Einsetzen des Winters die notwendigen Vorarbeiten leisten soll, damit schon zeitlich im Frühjahr gleich nach der Schneeschmelze mit diesen ungemein wichtigen Wiederherstellungsarbeiten begonnen werden kann.

Im Rahmen dieser Arbeiten ist es auch dringend notwendig, entsprechende Lawinenschutzverbauungen durchzuführen, die uns vor der Gefahr bewahren sollen, daß dort neuerlich wieder Todesopfer zu beklagen sind. Vor mehr als 40 Jahren sind dort drei brave Arbeiter von einer Lawine verschüttet worden und erst vor wenigen Jahren mußten fast wieder drei junge Burschen dort ihr Leben lassen. Nur durch die raschen Hilfsmaßnahmen sind von den drei Verschütteten zwei am Leben geblieben.

Diese wenigen Argumente, die ich jetzt vorgebracht habe, mögen genügen, um die rasche Durchführung dieser beiden Arbeiten zu rechtfertigen. Darum bitte ich als Vertreter des Bezirkes Lilienfeld das Hohe Haus herzlich. *(Beifall rechts.)*

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SIGMUND: In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit, die durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Tesar bestätigt wurde, bitte ich um Annahme des Antrages des Bauausschusses.

PRÄSIDENT *(Abstimmung)*: A n g e n o m m e n .

Ich ersuche den Herrn Abg. Dr. Steingötter, die Verhandlung zur Zahl 345/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. STEINGÖTTER: Ich habe betreffend die Vorlage der Landesregierung über die außerordentliche Landeshaftung bei der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich für Wiederaufbaudarlehen zu referieren.

Noch immer, trotzdem schon zweieinhalb Jahre seit Kriegsschluß vergangen sind, harren besonders in den Städten viele durch Bomben zerstörte Häuser des Wiederaufbaues. Wir wissen wohl, daß es Sache des Bundes wäre,

hier die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es sind wohl bereits 19 Entwürfe eines Wiederaufbaugesetzes gemacht worden, aber immer sind es finanzielle Bedenken, die die Regierung hindern, dem Nationalrat endlich das Gesetz vorzulegen.

Es hat sich zwar im Jahre 1945 auch die Bundesregierung entschlossen, wenigstens bei den Bauten mit großen Schäden ihre Wiederherstellung in der Art von Darlehenshaftungen zu ermöglichen, aber dieses Gesetz ist Ende März 1947 abgelaufen.

Das Land Niederösterreich hat ebenfalls im Jahre 1945 Ausfallhaftungen des Landes durch ein diesbezügliches Gesetz möglich gemacht und es wurde diese Ausfallhaftung im Jahre 1946 auf eine Summe von 10.000.000 S erhöht, aber dabei die Bedingung ausgesprochen, daß die betreffenden Schäden nicht mehr als 80.000 S zu ihrer Beseitigung betragen dürfen. Dieses Gesetz ist auch bis 1947 verlängert worden, aber es ist ein Zeichen, daß der Betrag von 80.000 S pro Einzelfall ganz ungenügend war, weil bisher von dem Gesamtkredit von 10.000.000 S nur 141.000 S in Anspruch genommen wurden. Es ist also notwendig, daß wir diesen Betrag hinsichtlich der einzelnen Fälle erhöhen.

Der Verfassungsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der vorliegenden Angelegenheit beschäftigt und ich stelle namens des Verfassungsausschusses den Antrag *(liest)*:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Haftung des Landes Niederösterreich gegenüber der Landeshypothekenanstalt für Niederösterreich auf Wiederaufbaukredite, die von dieser bis längstens 31. Dezember 1947 gewährt werden sollten, wird bis 31. Dezember 1948 verlängert. Gleichzeitig wird mit Rücksicht auf das stete Ansteigen der Baukosten und um den Wiederaufbau von Gebäuden nicht unmöglich zu machen oder wenigstens für längere Zeit in Frage zu stellen beschlossen, die Landeshaftung bei Darlehen an Private bis zu 300.000 S und bei Darlehen an die öffentliche Hand oder an Stellen, die von der öffentlichen Hand verwaltet werden (z. B. Stiftungen), bis zu 1.000.000 S anstatt wie bisher 80.000 S pro Einzelfall zur Anwendung zu bringen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Dieser Antrag war notwendig, damit eine größere Summe für den Einzelfall vorhanden ist, die es möglich macht, daß die Geschädigten einreichen können. Vor allem handelt es sich hier um Stiftungsbauten, zu deren Wiederherstellung viel mehr Geld notwendig ist. Auf Grund dieses Beschlusses soll bei Bauten der

öffentlichen Hand diese Summe bis 1,000.000 S in Anspruch genommen werden können.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet (*Abstimmung*): **A n g e n o m m e n.**

Ich ersuche den Herrn Abg. Vesely, die Verhandlung zur Zahl 357 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. VESELY: Ich habe betreffend die Errichtung von Verwaltungsschulen zur Heranbildung eines beamtlichen Nachwuchses des fachlichen und gehobenen fachlichen Dienstes für die Gemeinde- und Bezirksverwaltung zu referieren.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß es in der Verwaltung der Gemeinden und Bezirke vielfach an dem entsprechend vorgebildeten Beamtenmaterial mangelt. Wir können sehr oft feststellen, daß durch Annoncen in den Zeitungen Sekretäre oder andere Gemeinde- und Bezirksbeamte gesucht werden, was aber meistens zu keinem Erfolg führt, weil eben die entsprechend vorgebildeten Leute einfach nicht vorhanden sind. Dort aber, wo sie vorhanden sind, entsprechen meistens ihre Vorbildung und ihr Können nicht den an sie gestellten Anforderungen.

Wenn heute so viel über den Amtsschimmel und über den schleppenden Geschäftsgang geklagt wird, so ist das vielfach darauf zurückzuführen, daß die Beamten, die die eine oder andere Agenda zu bearbeiten haben, sie nur deshalb verschleppen, weil sie eben nicht imstande sind, die Angelegenheit im eigenen Wirkungskreis zu erledigen, daher die Sache abschieben, Rückfragen stellen oder sonst irgendwie verschleppen usw.

Es ist auch kein Wunder, daß es den Gemeinde- und Bezirksverwaltungen an den entsprechenden Beamten mangelt, denn von 1934 angefangen über 1938 bis 1945 sind immer Säuberungen durchgeführt worden, wobei aber die Entlassungen nicht immer nach fachlichen, sondern vielmehr nach politischen Gesichtspunkten erfolgt sind. Wenn wir außerdem in Betracht ziehen, daß durch die Ereignisse des Jahres 1945 infolge der Außerdienststellung von Belasteten oder Minderbelasteten eine Reihe von tüchtigen Beamten ausgeschieden sind, dann ist es nicht verwunderlich, daß wir allerorten einen Mangel an tüchtigen Beamten feststellen können. Dazu kommt noch die reichlich verworrene Rechtsordnung. Sie wissen ja, daß bei uns noch ein Teil der deutschen Reichsgesetze neben den österreichischen Gesetzen in Geltung ist und das besonders erfordert eine gute Durchbildung und Ausbildung der Beamten. Das geschieht aber nicht. Die Vorbildung dieser Beamten ist meistens die Hauptschule oder, wenn es gut geht, die Mittelschule oder vielfach auch die

Handelsakademie, aber alle diese Schulen vermitteln nicht das, was ein guter Gemeinde- oder Bezirksbeamter braucht. So überläßt man es meistens dem häuslichen Fleiß des Betreffenden, sich weiter zu bilden. Das tut wohl manchmal der eine, der andere aber nicht. Wir stehen da nun auf dem Standpunkt, daß es im Zuge der Reform der Verwaltung liegt, auf diesem Gebiet entsprechende Vorsorge zu treffen. Wenn es soundso viele Schulen gibt, warum soll es nicht auch Schulen geben, die sich die Heranbildung von tüchtigen Gemeinde- und Bezirksverwaltungsbeamten zum Ziele setzen?

Wir wissen natürlich, daß die Einrichtung solcher Schulen nicht ausschließlich eine Sache des Landes sein kann, sondern daß die übergeordneten Körperschaften, vor allem die Ministerien, hierfür zuständig sind; das soll uns aber nicht hindern, von uns aus die Notwendigkeit der Errichtung dieser Schulen durch einen Initiativantrag an das Unterrichtsministerium in Erscheinung treten zu lassen.

Das sind die Gründe, die uns bewogen haben, einen diesbezüglichen Antrag im Hause einzubringen.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich daher den Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den übergeordneten Stellen das Einvernehmen zu pflegen, damit ehestens im Lande Niederösterreich die zur Heranbildung tüchtiger Verwaltungsbeamter des fachlichen und gehobenen Dienstes auf dem Gebiet der Bezirks- und Gemeindeverwaltung erforderlichen Verwaltungsschulen errichtet werden können.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte und erteile das Wort dem Herrn Abg. Dr. Riel.

Abg. Dr. RIEL: Hoher Landtag! Die Klagen über den schleppenden Geschäftsgang bei den Verwaltungsbehörden sind allgemein. Erst vor kurzem, es dürfte zwei oder drei Monate her sein, ist in der „Wiener Zeitung“ ein Artikel von einem führenden Verwaltungsjuristen erschienen, der auf diese Verhältnisse in unserer Verwaltung hingewiesen hat. Nicht nur jetzt, sondern auch in früherer Zeit wurden immer wieder Klagen darüber erhoben, daß die Behörden die Eingaben nicht in der Weise und mit der Promptheit erledigen, wie es wünschenswert wäre. Heute ist aber dieser Zustand ganz besonders arg geworden. Man kann da ruhig einen Vergleich mit allen Lebensbedingungen und Lebenssphären ziehen. So wie es heute nicht möglich ist, wenn jemand Fleisch oder Mehl oder einen sonstigen wichtigen Bedarfsartikel benötigt, daß er einfach

mir nichts dir nichts in den nächsten Laden eintritt, wo diese Dinge zu kaufen sind, sondern daß er sich zuerst eine Bezugsberechtigung beschaffen muß, die genau vorschreibt, wieviel er beziehen kann, genau so ist es heute mit den geistigen Leistungen geworden, die infolge der Katastrophe, die wir hinter uns haben, in einem Ausmaß in Anspruch genommen werden, wie es früher niemals der Fall gewesen ist. Es ist daher manchen beruflichen Stellen äußerst schwer, allen an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Das ist eine Tatsache, man mag sie beklagen, man schafft sie aber dadurch nicht aus der Welt.

Wenn ein Akt nicht fortgesetzt durch persönliche Vorsprachen oder telephonische Anrufe betrieben wird, ist eine prompte Erledigung von manchen Stellen einfach nicht zu erreichen. Ich weiß das aus meiner eigenen Erfahrung. So hat bei der Nationalbank ein Bauer im Jahre 1945 angesucht, daß ihm nachträglich Reichsmarknoten in Schilling umgewechselt werden sollen, weil er zu dem Zeitpunkt des allgemeinen Umtausches diese Marknoten infolge der Besetzung durch die fremden Truppen nicht zur Verfügung hatte. Dieser Mann hat erst jetzt nach eineinhalb Jahren die Erledigung erhalten, wonach sein Ansuchen bewilligt wurde, und dies trotz vielfacher Vorsprachen in dieser Angelegenheit.

Ich brauche gar nicht so weit zu gehen. Wenn ich mich bloß für die Verwaltungsgeschäfte der Stadtgemeinde Krems interessiere, so stoße ich leider zu meinem Bedauern dort auf ähnliche Verhältnisse, daß es nämlich nicht möglich ist, die Akten fristgerecht zu erledigen. Mit einem Schlag lassen sich diese Schwierigkeiten wohl nicht beseitigen, denn in vielen Fällen ist es einfach unmöglich. Zuerst müssen von seiten der Verwaltungsbehörden jene Stellen darauf aufmerksam gemacht werden, die sie immer mit neuen Verwaltungsarbeiten zudecken. Bei der Herausgabe eines neuen Gesetzes oder neuer Aufträge muß sich die Verwaltungsbehörde immer die Frage vorlegen, ob der vorhandene Verwaltungsapparat diese Aufgaben auch zu leisten imstande ist, sei es nun bei der Gemeinde oder bei der Bezirkshauptmannschaft oder bei den Städten mit eigenem Statut oder bei den Landesregierungen.

Wenn man in diesem Zusammenhang nur die Entnazifizierungsfrage anschnidet, so zeigt das Gesetz, das geradezu als Monstrum bezeichnet werden muß, daß damals die Regierung einen Bezirkshauptmann, also einen juristisch vorgebildeten Beamten, nicht für fähig erachtet hat, darüber eine Entscheidung zu treffen, ob die Ausnahmsbestimmungen in dem einen oder anderen Fall zutreffen oder nicht.

Der Bezirkshauptmann kann nur ein Gutachten abgeben, der Landesregierung hat man nur eine Vorentscheidung eingeräumt und dekretiert, daß das Ministerium für Inneres imstande ist, über 540.000 Gesuche auf Grund der Akten richtig zu entscheiden. Man hätte sich damals sagen müssen, daß das eine unmögliche Aufgabe ist. In Wirklichkeit muß man sagen, daß, wenn es sich um die Erledigung von Massengesuchen handelt, darüber in den unteren Instanzen entschieden werden soll. Um Mißbräuche oder Fehlentscheide der unteren Instanzen auszumerzen, gibt es ohnedies, so wie überall, den Instanzenzug. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß, so begrüßenswert es ist, daß uns ein ausgezeichnete Verwaltungsapparat zur Verfügung steht, wir damit allein die Klagen über den schleppenden Geschäftsgang nicht zum Verstummen bringen können. Wenn wir auch ausgezeichnet vorgebildete Verwaltungsbeamte haben, so bin ich doch überzeugt, daß sie heute infolge Überlastung ihren Aufgaben nicht voll entsprechen werden können. Das soll uns aber nicht hindern — in diesem Punkt bin ich eines Sinnes mit dem Antrag —, daß wir alles tun müssen, um tatsächlich jene Leute in der Verwaltung zu haben, die nicht nur einen guten Willen, sondern auch das Können mitbringen, um den an sie gestellten Aufgaben zu entsprechen.

Nun wird hier vorgeschlagen, daß eine Verwaltungsschule eingerichtet werden soll. Man geht dabei von der Vorstellung aus, daß man die Kunst der Verwaltung — und die Verwaltung ist eine Kunst, das wird jeder Mandatar bestätigen, der schon seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben steht und Verwaltungsgeschäfte zu führen hat — sozusagen in der Schule lernen kann und wenn man dann ein gutes Zeugnis mitbringt, wird man auch ein guter Verwaltungsbeamter in der Gemeinde oder beim Land sein. Ich muß schon sagen, daß ich diesen naiven Glauben nicht vollkommen teilen kann.

Was in erster Linie die Voraussetzung eines tüchtigen Verwaltungsbeamten ist, ist meines Erachtens ein allgemein theoretisches Wissen, wie es bisher in vollkommen zureichender Weise von unseren in Betracht kommenden Schulen vermittelt wurde, das ist in erster Linie die Hauptschule und wenn man höhere Ansprüche darüber hinaus stellt, die Handelsschule und allenfalls die Mittelschulen. Ich glaube, dieses allgemeine Wissen reicht vollkommen aus. Ich bin überzeugt, daß man in diesen Schulen mit Rücksicht auf das Alter, in dem diese Schulen besucht werden — die Verwaltungsschule soll offenbar diesen Schulen gleichgestellt sein, nach deren Absolvierung man unmittelbar in den Verwaltungsdienst treten kann —, nicht

das Wissen vermitteln kann, das man für den Verwaltungsdienst braucht. Ich muß offen gestehen und ich habe mich nie geschämt, das auszusprechen, als ich im Alter von 40 Jahren in die Gemeindeverwaltung der Stadt Krems eingetreten bin und mit den Gemeindegeschäften bekannt gemacht wurde, daß ich mit meinem ganzen theoretischen Wissen, das ich von der Hochschule mitgebracht habe — mit Verwaltungsgeschäften habe ich mich bis dahin weniger beschäftigt, sondern mehr mit der Zivil- und Strafrechtspflege —, nicht viel anfangen konnte. Ich muß offen zugeben, daß irgendein Landbürgermeister, der fünf oder zehn Jahre tätig gewesen ist, mehr gewußt hat als ich. Der Mann hat genau gewußt, wie die Verwaltung im Lande organisiert ist und wo er mit seinen Anliegen hingehen muß. Wenn seine Eingaben auch nicht glänzende Schriftstücke gewesen sind, so haben sie doch wenigstens zu erkennen gegeben, was der Mann will und er hat die Sache tatsächlich beherrscht.

Ich glaube daher, wir sollten bei dem jetzigen Zustand verbleiben. Es hängt nicht davon ab, ob wir diese Einrichtung als Verwaltungsschule oder als Kurs bezeichnen, das ist Nebensache. Meines Erachtens wird theoretisches Wissen nur durch theoretische Schulen vermittelt und solche haben wir genug, nämlich die Hauptschulen, Handelsschulen, Mittelschulen usw. Nach Absolvierung dieser Schulen tritt der junge Mann, der Interesse für den Verwaltungsdienst hat, bei einer Gemeinde oder allenfalls beim Land in den Dienst und jetzt hat er sich praktisch zu bewähren und zu zeigen, was er kann. Wenn er dort fünf oder zehn Jahre tätig gewesen ist, soll man ihm die Möglichkeit geben, sein Wissen in fachlicher Hinsicht zu vervollkommen. Das kann für das Land Niederösterreich am zweckmäßigsten durch eine Einrichtung geschehen, die man Verwaltungsschule oder sonstwie bezeichnen kann und die am Sitz der Landesregierung eingerichtet wird. Hier kann der Mann das nachholen, was er auf Grund seiner praktischen Kenntnisse in theoretischer Hinsicht in seinem Wissen noch ergänzen soll. Bei dieser Gelegenheit wird sich auch zeigen, daß derjenige, der sich bereits in der praktischen Verwaltungsarbeit bewährt hat, wenn er in diese Verwaltungsschule eingewiesen wird, auch bestimmt theoretisch am besten abschneiden wird. Wir erleben das auch auf anderen Gebieten. Was hier als eigene Verwaltungsschule gefordert wird, könnte aus demselben Grunde beispielsweise für die Beamten, die bei den Gerichten tätig sind, verlangt werden, angefangen von den Bezirksgerichten bis zu den Kreis- und Oberlandesgerichten. Auch dort

könnte man letzten Endes sagen, es wäre wünschenswert, daß die Beamten des fachlichen und höheren fachlichen Dienstes eine eigene Richterschule oder wie man sie sonst nennen will, besuchen sollen. Ähnliches könnte auch für die Finanzverwaltung gefordert werden. Die Nachteile würden nur darin liegen, daß diese jungen Leute schon vorzeitig in diese Schulen eingewiesen werden, und zwar schon zu einem Zeitpunkt, wo sie noch nicht imstande sind, ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu beurteilen; sie würden auf diese Weise nur auf einer ganz bestimmten Linie festgelegt werden. Meines Erachtens wäre zuerst die rein theoretische Ausbildung, dann die praktische Bewährung und erst im Anschluß daran die besondere theoretische Ausbildung im Hinblick auf die bestimmte Laufbahn zweckmäßiger.

Ich bin grundsätzlich damit einverstanden, daß wir verpflichtet sind, alles zu tun, was notwendig ist, damit wir ausgezeichnete Verwaltungsbeamte, insbesondere auf dem Gebiet des fachlichen und gehobenen fachlichen Dienstes haben.

Im übrigen würde ich die Landesregierung schon im vorhinein ersuchen, daß sie die Gesichtspunkte, wie ich sie namens meiner Fraktion auszuführen die Ehre hatte, dann berücksichtigt, wenn sie im Sinne dieses Antrages an die Durchführung der ihr gestellten Aufgabe herantritt, nämlich Verwaltungsschulen zu errichten. *(Beifall rechts.)*

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. VESELY *(Schlußwort)*: Es ist mir eigentlich leid, daß sich nicht noch ein anderer Redner gefunden hat. Als Berichterstatter kann ich nicht polemisieren und will es auch nicht, aber es wäre manches dagegen einzuwenden, was Herr Abg. Dr. Riel hier vorgebracht hat.

Wenn er meint, daß das bisherige allgemeine Wissen, wie es die Hauptschulen, die Handelsschulen und die Mittelschulen vermitteln, genügt, muß ich schon sagen, daß er sich dabei auf einem Irrweg befindet. Ich war selbst lange genug Hauptschullehrer, um zu wissen, daß die Hauptschule gar nichts vermittelt, was mit der späteren Verwaltung zu tun hat. *(Oho!-Rufe des Abg. Kaindl.)* Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein absolvierter Hauptschüler, wenn er nicht noch etwas dazulernt, auch nur den einfachsten Verwaltungsbeamten abgeben könnte. Ich weiß auch nicht, wo er so etwas lernen könnte *(Zwischenruf des Abgeordneten Kaindl)*. Das zu wissen, wer der Bezirkshauptmann usw. ist, ist schließlich nicht Sache des Verwaltungsbeamten, denn das weiß

ohnehin jedermann draußen. Unter Verwaltungsarbeit muß man sich etwas ganz anderes vorstellen.

Vielleicht noch schlechter ist es bei den Mittelschulen. Diese nehmen auf das praktische Leben überhaupt keine Rücksicht.

Ich kann also nicht die Auffassung teilen, daß das genügt. Weder in der Mittelschule noch in der Hauptschule wird auch nur die primitivste Form der Gesetzeskunde vermittelt und jeder Verwaltungsbeamte braucht doch einen gewissen Grad von Gesetzeskenntnis.

Von allen anderen Dingen abgesehen, bin ich nicht der Meinung, daß es ein naiver Glaube sei, daß solche Verwaltungsschulen eine bessere Erkenntnis zeitigen könnten als die bisherigen Schulen, die ganz andere allgemein bildende Ziele verfolgt haben.

Wenn der Herr Abg. Dr. Riel meint, es bei den bisherigen Verhältnissen zu belassen und zentral bei der Landesregierung eine Schulung durchzuführen, dann könnte das nur bei den bereits eingestellten Beamten in Frage kommen. Wir wollen aber nicht, daß bereits eingestellte Beamte geschult werden sollen, sondern wir wollen von Haus aus den Schultyp schaffen, den man braucht, wenn man die Absicht hat, in den Verwaltungsdienst zu treten. Wie stellen Sie sich eine zentrale Schulung neben dem Dienst vor, wenn z. B. die Beamten von den einzelnen Bezirkshauptmannschaften des ganzen Landes zur Landesregierung hereinkommen sollen?

Ich will mich jetzt nicht darüber näher verbreitern, aber ich glaube doch, daß wir hier zweifellos einen Weg gehen sollen, der imstande wäre, den bisherigen schleppenden Geschäftsgang ganz wesentlich zu verbessern.

Ich bitte darum das Hohe Haus noch einmal, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben.

PRÄSIDENT (*Abstimmung — Gegenprobe*): A n g e n o m m e n .

Ich bitte den Herrn Abg. Wallig, zur Zahl 353 zu berichten.

Berichterstatter Abg. WALLIG: Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Endl, Denk, Wallig, Romsy, Schwarzott, Mitterhauser und Genossen, betreffend Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Bruck an der Leitha und Hainburg an der Donau, zu referieren.

Im Auftrag des Wirtschaftsausschusses will ich Ihnen die Sorgen und Nöte, die Arbeiter und Angestellte im Zugverkehr erdulden müssen, zur Kenntnis bringen.

Ich will Ihnen die Verhältnisse schildern, wie der Zugverkehr zwischen Bruck an der

Leitha und Hainburg an der Donau vor sich geht.

Gegenwärtig verkehren zwei Zugpaare täglich zwischen Bruck und Petronell. Die Reisenden aus Bruck müssen am Morgen in Petronell 67 Minuten auf den Anschluß nach Hainburg und jene aus Hainburg 46 Minuten auf den Anschluß nach Bruck warten. Dabei beträgt die Entfernung zwischen Petronell und Hainburg nur 7 km. Es würde eine große Erleichterung der Strapazen, besonders in der kalten Jahreszeit, bedeuten, wenn die Züge wieder bis Hainburg geführt würden.

Für viele Reisende, die bei Behörden, Ämtern, wirtschaftlichen Körperschaften usw. zu tun haben, beinhaltet das Fehlen eines Mittagzuges den Verlust eines halben Tages.

Das Ruhen des Verkehrs an Samstagen hat zur Folge, daß zahlreiche Arbeiter und Angestellte an ihrem Arbeitsplatz nicht erscheinen können und die auswärtigen Schüler der Hauptschule und des Realgymnasiums in Bruck an der Leitha die Schule versäumen müssen.

In Bruck sind so ziemlich alle Verwaltungsstellen des Bezirkes, wie Bezirkshauptmannschaft, Ernährungsamt, Wirtschaftsamt, Aufbringungsamt, Fürsorgeamt, Jugendamt, Finanzkasse, Bezirksbauernkammer, Arbeitsamt, Bezirksgewerbekammer und Gewerbeschule, vereinigt. Abgesehen von auswärtigen Angestellten dieser verschiedenen Ämter sind ständig zahlreiche Personen gezwungen, diese Strecke zu befahren.

Die Einführung eines Triebwagenverkehrs ist ein seit langem gehegter Wunsch der Bevölkerung, nicht zuletzt deswegen, weil dann die Hoffnung bestünde, daß der Bahnverkehr auch im Winter aufrechterhalten wird, wo er noch wichtiger ist als im Sommer, und sich die im letzten Winter wegen Kohlenmangels eingetretene fast fünfmonatige Stilllegung nicht wiederholt.

Die Linie der KÖB. dient hauptsächlich den südlich der Strecke Bruck—Hainburg liegenden Gemeinden; für eine den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßte Verbindung der beiden größten Orte des Bezirkes kann aber nur eine direkte Linie in Betracht kommen.

Namens des Wirtschaftsausschusses stelle ich daher den Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Herrn Bundesminister für Verkehr vorstellig zu werden, daß eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Bruck an der Leitha und Hainburg an der Donau herbeigeführt wird.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Zum Wort hat sich Herr Abgeordneter Koppensteiner gemeldet; ich erteile es ihm.

Abg. KOPPENSTEINER: Hoher Landtag! Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Berichterstatters nur voll und ganz anschließen. Der Zugsverkehr zwischen Hainburg und Bruck an der Leitha ist tatsächlich derart mangelhaft, daß man das eigentlich einen Verkehr überhaupt nicht nennen kann. Nachdem auch die Straße, die dorthin führt, sich in einem sehr schlechten Zustand befindet, ist es auch fast nicht möglich, mit einem Auto hin- oder zurückzufahren. Ich habe versucht, durch persönliche Vorsprachen bei den Bundesbahnstellen zu erwirken, daß hier ein etwas stärkerer und intensiverer Verkehr eingerichtet wird. Bisher sind aber leider alle diese Vorsprachen nicht beantwortet worden, d. h. sie konnten nicht erfüllt werden, denn die Verbesserung des Verkehrs hängt nicht allein von uns und auch nicht allein von den Bundesbahnen ab. Sie wissen, daß die Besatzungsmächte unsere Verkehrs- und Betriebsmittel gleichfalls in Anspruch nehmen, daß wir an bestimmte Weisungen gebunden sind und daß wir daher leider Gottes den Verkehr nicht so einrichten können, wie er eingerichtet werden soll. Das Idealste wäre natürlich, wie der Herr Berichterstatter gesagt hat, die Einrichtung eines Triebwagenverkehrs, aber hier mangelt es wieder vollständig an Triebwagen; wir haben sie einfach nicht. Wir haben sie schon gesucht und auch höhere Organe der Bundesbahnen haben sie gesucht und es würden uns eventuell ein oder zwei Triebwagen zur Verfügung gestellt werden, wenn sie vorhanden wären. Ich hoffe aber, wenn der Hohe Landtag auch hier von dieser Stelle aus es unternimmt, darauf hinzuweisen, daß der Verkehr tatsächlich völlig unzureichend ist und daß die Bevölkerung darunter ungemein leidet, es dann vielleicht die Bundesbahnen im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht doch möglich machen, einen etwas dichteren Verkehr zu erstellen, vor allem anderen einen durchgehenden Verkehr von Bruck an der Leitha bis Hainburg. Wir hatten ihn früher. Ich bin selbst Lokomotivführer und bin diese Strecke nach Hainburg und zurück gefahren. Es sind nur einige Kilometer bis Hainburg und ich verstehe nicht, warum man diese paar Kilometer nicht weiterfahren kann. Ich kann nicht annehmen, daß das ein Plus an Kohle bedarf, denn mit dem Dampf, den ich bis dorthin im Kessel habe, kann ich auch noch bis Hainburg weiterfahren.

Ich glaube also, es wird nützlich sein, wenn die Hohe Landesregierung mit den zuständigen Stellen der Bundesbahnen verhandelt, damit diesem großen Mangel Abhilfe geschaffen wird. *(Beifall links.)*

Abg. DENK: Hoher Landtag! Da ich einer derjenigen bin, der in diesem Haus wenig Anträge einbringt oder selten spricht, wird sich mancher Abgeordnete in diesem Haus denken, der muß aus einem Bezirk stammen, wo wirklich noch ein Wohlstand vorhanden ist. Das kann ich aber nicht sagen, denn es ist jetzt bereits das Gegenteil der Fall. Wir können aber nicht alle zur gleichen Zeit fordern, es muß einer nach dem anderen das Notwendigste zuerst und das weniger Notwendige später vorbringen.

Wenn ich heute zu diesem Gegenstand das Wort ergreife, so könnte man sagen, daß diese Strecke weniger notwendig ist, weil sie nur 20 km lang ist, während andere größere Strecken außer acht gelassen werden. Hier liegt es aber im Rahmen der Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen, wie schon der Herr Vorredner gesagt hat.

Ich möchte den Hohen Landtag nur bitten, diesem Antrag zuzustimmen, zum Wohle unserer Beamten, zum Wohle unserer Schulkinder und zum Wohle des ganzen Bezirkes Bruck an der Leitha. *(Beifall rechts.)*

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. WALLIG: Wir haben in kurzen Worten von zwei verschiedenen Sprechern gehört, daß dieser Antrag wirklich dringend ist und jeder hat den Wunsch geäußert, es möge diesem wichtigen Antrag des Wirtschaftsausschusses wirklich zum Durchbruch verholfen werden.

Ich bitte daher das Hohe Haus, dem vorgelegten Antrag die Zustimmung zu geben.

PRÄSIDENT *(Abstimmung)*: A n g e n o m m e n.

Das Hohe Haus gelangt nun zur Beratung des Dringlichkeitsantrages.

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem ersten Antragsteller, Herrn Abg. Endl, das Wort.

Abg. ENDL: Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag soll die Bundesregierung durch den Landtag ersucht werden, bei den zuständigen Besatzungsmächten die Bewilligung einer ausreichenden Bewaffnung und Ausrüstung für unsere Sicherheitsorgane zu erwirken.

In Anbetracht der schon sehr kraß gewordenen Sicherheitsverhältnisse in unserem Heimatland Niederösterreich bitte ich, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung über die Dringlichkeit*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Antragsteller, zum Meritum zu berichten.

Abg. ENDL: Ich danke dem Hohen Haus für die Zustimmung der Dringlichkeit des Antrages.

Mit steigender Erbitterung nimmt die Bevölkerung Niederösterreichs Kenntnis von den Verbrechen, welche in ihrem Wohnbereich immer häufiger und mit stets wachsender Unverschämtheit verübt werden, Verbrechen, die in dem greuelhaften Massenmorden von Sankt Peter in der Au ihren vielleicht nur vorläufigen Höhepunkt erreicht haben. Neben vier erwachsenen Personen und einem Jungknecht fielen der schrecklichen Metzerei sechs Kinder, darunter ein anderthalbjähriges, zum Opfer und entgingen zwei weitere vorschulpflichtige Kinder nur durch einen reinen Zufall dem gleichen blutigen Schicksal.

Jedenfalls stehen diesen Vorgängen jene unzulänglichen Sicherheitseinrichtungen gegenüber, unter denen nach fast drei Jahren Kriegsende nach den gegebenen Verhältnissen zu leben wir verurteilt sind.

Auf zwei Gendarmen ein Gewehr und fünf Patronen sind keine Sicherungsorganisation für das größte österreichische Bundesland. Dies um so weniger, als der Waffengebrauch gerade in entscheidenden Momenten untersagt ist.

Diesen unzulänglich ausgestatteten Sicherheitsbehörden gegenüber steht ein Verbrechen, das oft motorisiert ist und über modernste Bewaffnung verfügt.

Wir müssen daher die Verantwortung für diese in unserem Lande herrschenden Sicherheitsverhältnisse ablehnen.

Wir aber wollen, wie immer schon im langen Laufe unserer Geschichte, ein Ordnungs- und Rechtsstaat sein und bleiben, der Leben und Besitz seiner Mitbürger und der jeweils bei uns wohnenden Fremden zu gewährleisten vermag.

Welche Ursache dem Massenmord von Sankt Peter in der Au zugrunde liegt, steht noch nicht fest; aber das Blut der dort ermordeten Kinder schreit zu laut zum Himmel, als daß wir in schweigender Geduld weiterhin zusehen könnten, wie sich unsere Rechtsordnung aufzulösen beginnt.

Es wird daher der dringliche Antrag gestellt (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung um eine neuerliche Intervention bei den Besatzungsmächten zu ersuchen, welche die ausreichende Bewaffnung und motorische Ausrüstung der Sicherheitskörper

sowie auch den Gebrauch der Waffen gegen auf frischer Tat ertappte Verbrecher zum Gegenstand hat.“ (*Großer Beifall.*)

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Koppensteiner.

Abg. KOPPENSTEINER: Hoher Landtag! Der Herr Berichterstatter hat schon über die trostlosen Sicherheitsverhältnisse in Niederösterreich gesprochen und ich schließe mich seinen Worten voll und ganz an. Gestatten Sie mir aber, daß ich noch einiges dazu sage. Wir hatten von 1945 bis zu Beginn des Jahres 1946 sicherlich sehr trostlose Sicherheitsverhältnisse und wir alle können uns noch erinnern an die Zeit, wo man mit keinem Fahrzeug hinaus konnte, ohne die Gewißheit zu haben, daß man mit diesem Fahrzeug wieder nach Hause kommen wird. Wir können uns noch an die verschiedenen Untaten erinnern, die damals begangen wurden und wir alle hatten, als die Sicherheitsverhältnisse zu Beginn des Jahres 1946 sich merklich besserten, eine Freude an der Besserung der Verhältnisse. Die Landwirte und Gewerbetreibenden, die Arbeiter und alle Berufstätigen und sonstigen in Niederösterreich lebenden Menschen konnten sich nun wieder mehr frei bewegen und Handel und Wandel und Arbeit usw. kamen wieder in Fluß. Diese Besserung schritt fort bis vor kurzer Zeit. Wir hatten noch vor einigen Monaten in Niederösterreich Sicherheitsverhältnisse, über die man auch noch klagen konnte, aber im großen und ganzen ist ein wesentlicher Unterschied zu jenen Verhältnissen, wie wir sie kurz nach unserer Befreiung vom Nationalsozialismus gehabt haben. Tatsache ist nun, daß seit einigen Wochen die Sicherheitsverhältnisse wieder sehr schlecht sind. Was die Ursache dieses so plötzlichen Rückschlages ist, können wir von dieser Stelle aus nicht beurteilen. Täglich sind Einbrüche, Überfälle, Raubfälle, Diebstähle, Vergewaltigungen und auch Mordtaten an der Tagesordnung. Diese Taten werden zum Teil von Uniformierten, zum Teil von Menschen in Zivil begangen, zum größten Teil in der Nacht, wo man leider Gottes die Menschen nicht kennt. Wir wissen, es gibt leider in jedem Volk gute und schlechte Menschen. Man darf natürlich ein Volk deswegen, weil sich in ihm eine Reihe schlechter Menschen befindet, nicht als Ganzes verurteilen. Aber wir wissen, daß es eben schlechte Menschen gibt und daß diese darauf aus sind, Unruhe zu stiften, sich zu bereichern und ein ganzes Volk in namenloses Leid und in Entsetzen zu versetzen. Diese Taten werden zum Teil von Einzelpersonen, zum Teil von ganzen Rudeln verübt. Es sind manchmal ganze Banden, die diese Überfälle ausführen. Erst vor kurzer Zeit wurde unser Konsum-

vereinsauto, das von Götzendorf nach Mannersdorf noch vor Einbruch der Dunkelheit fuhr und Lebensmittel und Bedarfsartikel für die arbeitende Bevölkerung mitführte, angehalten und ausgeraubt. So geht es tagtäglich draußen. Bauern, die zur Landwirtschaftskammer fahren wollen, werden überfallen, Arbeiter, die in ihre Betriebe gehen, werden belästigt, überfallen, geschlagen und bedroht. Vor ganz kurzer Zeit ist es vorgekommen, daß die Arbeiter der Zementfabrik Mannersdorf erklärt haben, sie gehen nicht mehr in die Nachtschicht, wenn sich die Sicherheitsverhältnisse nicht bessern. Sie haben gesagt, sie können nicht mehr in der Nacht arbeiten, weil die Sicherheitsverhältnisse so trostlos sind. So wie dort, ist es auch in anderen Gebieten.

Unsere Exekutive, die wir haben, arbeitet sicherlich sehr anständig und in Ordnung. Der Stand der Exekutive, den wir heute haben, ist zwar voll aufgefüllt, aber das ist wieder nur scheinbar, denn zum Stand der Sicherheitsorgane zählen auch die vom Dienst Entborenen, die aber tatsächlich fehlen. Das ist eine ziemlich große Anzahl. Es müßte also eine vollständige Auffüllung der Sicherheitsexekutive erfolgen. Ein weiterer großer Mangel ist der, daß unsere Exekutive schlecht ausgerüstet und vor allem anderen sehr schlecht bewaffnet ist. Zum Teil haben die Sicherheitsorgane nicht einmal jene guten Waffen, die sie haben sollten und der Mangel geht soweit, daß auf je zwei Sicherheitsorgane nur eine Schußwaffe kommt. Was die Ausrüstung mit Munition betrifft, ist diese so mangelhaft, daß ein Sicherheitsorgan nur mit einigen Schuß in der Tasche auf Patrouille gehen und daher im Notfall nur ein paar Schüsse abgeben kann. Dann steht der Mann da und muß es sich gefallen lassen, was mit ihm geschieht. Das sind sehr große Mängel und diese müssen unter allen Umständen behoben werden.

Ein weiterer Mangel liegt darin, daß unsere Exekutive viel zu wenig beweglich ist. Es fehlt an motorisierten Fahrzeugen und an Benzin. Eine Exekutive, die die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten soll, muß aber mit derartigen Fahrzeugen unter allen Umständen ausreichend versehen sein. Das ist aber derzeit nicht der Fall. Wenn von irgendwoher ein telephonischer Anruf kommt, da oder dort sind Benderbanden oder Deserteure oder versetzte Personen oder aus der eigenen Bevölkerung Menschen, die zwischen Mein und Dein nicht unterscheiden können, und die Sicherheitsorgane müssen vielleicht 10 km zu Fuß laufen, dann sind inzwischen diese „Nimrode“ über alle Berge. Das sind Mängel, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen.

Weiter möchte ich die Landesregierung ersuchen, mit der Bundesregierung Fühlung zu nehmen, damit diese mit den Alliierten-Mächten ein Übereinkommen erzielt, daß unsere Exekutive gegen jedermann, der sich gegen Recht und Gesetz vergeht, unbekümmert, wer er ist, einschreiten darf. (*Großer Beifall.*) Wer sich gegen Recht und Gesetz in Österreich vergeht, fällt der Sicherheitsexekutive anheim und hat sich vor dem Gesetz für das zu verantworten, was er in Österreich verbrochen hat. Ich glaube, das ist demokratisch und das nimmt auch jedes Land in Europa und außerhalb Europa in Anspruch. Wenn wir auch ein kleines Land sind, so haben wir doch das Recht, das auch für uns zu verlangen. Alle diese Mängel, die ich hier aufgezeigt habe, gehen so weit, daß unsere Bevölkerung stets in Angst und Schrecken lebt, es traut sich niemand heraus, wenn es schon dunkel wird. Auch schon vorher trauen sich die Leute in gewissen Gebieten nicht auf die Straße zu gehen. Es muß also hier Abhilfe geschaffen werden, denn so können wir unsere Wirtschaft nicht aufwärts bringen, sondern es geht wieder bergab und das wollen wir nicht. Wir wollen auf- und nicht abwirtschaften.

Ein weiteres Kapitel, dem unsere Landes- und Bundesregierung auch ihr Augenmerk zuwenden muß, ist jenes der versetzten Personen. Sie alle kennen dieses Kapitel. Zusammenhängend damit ist die Geschichte mit den vier Zonen und den vier verschiedenen Polizeirechten, die wir jetzt in Österreich haben. Wie bekannt ist, haben wir noch über 600.000 versetzte Personen in Österreich, die zum Teil in Lagern, zum Teil außerhalb von Lagern leben. Was sich in diesen Lagern tut und was diese Menschen treiben, wenn sie herauskommen, ist uns auch bekannt. Es muß in bezug auf diese Personen endlich Remedur geschaffen werden und unsere Bundesregierung muß eine Möglichkeit finden, daß wir diese Leute, soweit wir sie nicht als landwirtschaftliche oder fachliche Arbeiter brauchen, los werden, vor allem jene, die seit Jahr und Tag nicht arbeiten und nur vom Schleichhandel leben und von denen wir vermuten, daß ein Teil von ihnen an diesem Verbrechen beteiligt ist. Wir haben die Pflicht, darauf hinzuweisen und von unserer Bundesregierung zu verlangen, daß sie hier entsprechende Vorkehrungen trifft und im Verhandlungsweg mit den Alliierten-Mächten doch eine Möglichkeit findet, daß diese unnötigen versetzten Personen von Österreich abgeschafft und irgendwo anders untergebracht werden. Wir sind ein armes Land und haben nichts zu essen und müssen Hunderttausende von Menschen, die nichts arbeiten, ernähren. Es würde

uns dann wahrscheinlich nicht viel besser gehen, aber eine kleine Erleichterung würde es sein, wenn wir wenigstens die große Zahl dieser Menschen losbringen würden. Auch für die Sicherheitsverhältnisse würde das von Vorteil sein.

In nächster Zeit kommt noch ein Umstand hinzu, der die Unsicherheit erhöhen dürfte. Wir wissen, daß der regenarme Sommer, der hinter uns liegt, es mit sich bringt, daß auch die Beleuchtungsverhältnisse sehr im argen liegen und daß wir in verschiedenen Orten entweder gar keine Beleuchtung haben oder daß sie dort erst um Mitternacht eingeschaltet werden kann. Das erleben wir ja auch in Wien, in der Hauptstadt unseres Landes, wo erst in den späten Abendstunden das Licht eingeschaltet wird. Diese Dunkelheit fördert natürlich die Unsicherheit und gibt dem Verbrechen förmlich Anreiz zu Plünderungen, Raub, Diebstählen, Vergewaltigungen und so weiter. Es muß daher mit aller Deutlichkeit und Energie hier von diesem Haus an unsere Landesregierung und die Bundesregierung appelliert werden, sofort alle Schritte zu unternehmen, damit die Sicherheitsverhältnisse in diesem gequälten armen Österreich wieder so werden, wie sie für die Bevölkerung erträglich sind. *(Beifall im ganzen Haus.)*

Abg. ZACH: Meine sehr verehrten Mitglieder des Hohen Hauses! Mein Herr Vorredner hat bereits anschaulich geschildert, welche Stimmung sich unseres ganzen Volkes bemächtigt. Wer weiß, mit welcher Angst jede Frau, die gezwungen ist, mit ihren Kindern in irgendeinem einsamen Gehöft draußen zu wohnen, die Nacht erwartet oder erfürchtet, der muß sagen, daß hier alle, ganz gleich, wo sie stehen und die Sinn für Recht und Gerechtigkeit haben, ausnahmslos aufgerufen sind, hier mitzuhelfen, daß dieser Angstzustand, der die ohnehin schon erschöpfte Nervenkraft zum Zerreißen zu bringen droht, endlich etwas gemildert wird. Wenn wir bedenken, daß vom niederösterreichischen Landesgendarmierkommando bereits 60 Tote zu beklagen sind, daß bereits 200 Verletzte vorhanden sind, daß im zweiten Halbjahr 1946 45 Kraftfahrzeuge geraubt oder gestohlen wurden, daß in den ersten zehn Monaten des Jahres 1947 37 Autos gestohlen oder geraubt wurden, daß Lastzüge auf einer belebten Reichsstraße einfach verschwinden können, daß dem Führer die Pistole angesetzt und, wenn er nicht freiwillig aussteigt, hinausgeworfen wird, dann muß man sagen, hier ist die Höchstgrenze der Unsicherheit bereits erreicht. In der angeführten Zeit sind weiter 106 Morde — in dieser Zahl ist die Ziffer 11 von St. Peter in der Au nicht

inbegriffen — vorgekommen, weiter 66 Mordversuche, 700 Raubüberfälle, 167 Vergewaltigungen, 1299 Einbrüche und Diebstähle! Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Jeder Krieg ist eine Zuchtanstalt für das Verbrechen, aber derartige Zustände wie dieser Krieg hat noch kein Krieg gezeitigt. Daher sage ich noch einmal, einem derartigen Verbrechen kann nur ein einheitlicher, einheitlicher Wille aller ehrlichen Menschen gegenübergestellt werden und nur dieser einheitliche, geschlossene Wille kann hier Abhilfe schaffen. Es ist klar, daß die Verbrecher immer gerissene Käuze waren und daher jede Tarnungsmöglichkeit benützen. Ich sage ganz offen, es wird von diesen Gaunern zu viel getarnt, daher glaube ich, daß sich schon aus diesem Grund bei der Mithilfe, diese getarnten Gauner endlich alle auszuheben, niemand ausschließen darf. Neben anderen Wohltaten, die unserem Volke schon zuteil geworden sind, wird es ein Verdienst sein, das mit goldenen Lettern eingetragen sein wird und wo es heißen wird: Diese und jene Mächte haben mitgeholfen, um unser Vaterland wieder zu einem Rechtsstaat, zu einem Staat der Sicherheit, der Ruhe und Ordnung zu machen. Ich bin fest davon überzeugt, wenn hier der richtige Weg gewählt wird, aber nicht zu sehr der Weg der Öffentlichkeit und der Zeitungen, weil unser Volk ohnehin schon aufgewühlt ist bis ins letzte und durch derartige Nachrichten nur die Unruhe und Angst noch gesteigert wird, so werden wir zu einem Ziel kommen. Nur sachliche Verhandlungen und Vorkehrungen können richtig Abhilfe bringen. Daher kann die Bitte an alle, die hier sind und die die Möglichkeit haben, Brücken zu bauen nach allen Seiten hin und mitzuhelfen, damit es anders wird, nicht innig genug ausgesprochen werden. Es ist notwendig, daß die fliegenden Patrouillen, die gut ausgerüstet und mit Fahrzeugen ausgestattet sein müssen, nicht nur auf den Reichsstraßen fahren dürfen, sondern wir müssen in allen Vororten, besonders dort, wo einschichtige Gehöfte herum liegen, sofort Standquartiere für die Sicherheitsorgane einrichten und wenn es nicht möglich ist, daß dies von der öffentlichen Hand geleistet wird, so bin ich fest überzeugt, daß sich sehr viele Männer freiwillig melden werden, da mitzuhelfen.

Ich sage daher nochmals, man muß wirklich alles aufrufen und dann glaube ich, daß viele Dinge in jeder Beziehung besser werden. Es hat sich schon oft gezeigt, daß ein einmaliges energisches Zugreifen und Zupacken Wunder gewirkt hat. Wenn man diesen Leuten zwei- oder dreimal vordemonstriert, wie gefährlich es ist, so zu handeln, dann bekommen es diese Helden mit der Feigheit zu tun. Sie sind ja

nur so lange mutig, als ihnen nichts gegenübersteht.

Ich frage Sie: Wer würde als Sicherheitsorgan mutig und freudig den Dienst in der Nacht tun, wenn er weiß, er hat nichts, womit er sich wehren kann? Ein Gendarm hat mir kürzlich folgendes gesagt: Passen Sie auf, wenn es schief geht, was bleibt mir übrig, entweder mich erschießen zu lassen oder mich zu erwehren und die Flucht zu ergreifen. Ob das gelingt oder nicht, weiß ich aber nicht. In einer solchen Stimmung befinden sich unsere Sicherheitsorgane. Es ist ein Verbrechen von allen zuständigen Stellen, wenn den Leuten, von denen man verlangt, daß sie für Ruhe, Ordnung und Sicherheit einzutreten haben, in der jetzigen Zeit nicht alles Notwendige zur Abhilfe in die Hand gegeben wird. Dieser Dringlichkeitsantrag hat keinen anderen Zweck, als ein Mitrufer zu sein im Rufe unseres gesamten Volkes: Gebt uns Ruhe und Sicherheit und wir werden wieder freudig arbeiten, was zum Wiederaufbau unseres so schwergeprüften Landes so notwendig ist. *(Beifall rechts.)*

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. ENDL: Hohes Haus! Die beiden Redner haben aufgezeigt, wie die Verhältnisse in unserem so schwergeprüften Land Niederösterreich aussehen. Es wäre noch vieles hinzuzufügen, denn vieles wurde noch nicht erwähnt. Ich habe nur die eine Bitte, daß wir von dieser Stelle aus an unsere Bevölkerung appellieren, sie soll davon ablassen, sich mit lichtscheuem Gesindel in Händel einzulassen und bei Nacht jemanden auf den Hof oder in das Haus zu lassen. Es soll auch sogleich gemeldet werden, wenn ortsfremde Personen in den Ort einbrechen, damit zumindest der Bürgermeister und einige Leute es abwenden können, daß ein Verbrechen geschieht. Es ist auch weiter notwendig, daß die Bevölkerung unsere Sicherheitsorgane unterstützt, ganz besonders die Landessicherheitsdirektion und die Bezirksgendarmeriekommandos. Es ist bedauerlich, daß wir durch die Ausführungen der beiden Vorredner hörten, daß von 23 Bezirkskommandanten 15 überhaupt keine motorisierte Ausrüstung haben. Das erfuhr ich erst in den letzten Tagen, als Benderbanden bei Krems eingebrochen sind und das St. Pöltener Bezirkskommando aufgerufen wurde, sofort mit einem Einsatzwagen auszufahren. Der Einsatzwagen war wohl aufzutreiben, die Mannschaft war gestellt, aber Benzin war nicht vorhanden. Ich muß daher den Herrn Landesrat Haller bitten, daß er alles in die Wege leiten soll, damit die Gendarmeriekommandos endlich mit den notwendigen Benzin ausgestattet werden und daß

weiter auch eine gewisse Reserve vorhanden ist. Das ist notwendig, damit die wackeren Männer, die ohne Waffen hinausgehen und für die Sicherheit einstehen müssen, wenigstens die notwendigen Fahrzeuge und den notwendigen Benzin bekommen.

Hohes Haus, verehrte Frauen und Männer, ich bitte Sie, dem vorgelegten Antrag, der dem Notstand und der Sicherheit unserer Landbevölkerung in Zukunft Rechnung tragen soll, ihre Zustimmung zu erteilen. Es ist ja unerträglich, daß wir weiterhin als Freiwillig gegenüber diesen Mördern und Banditen in unserer engeren Heimat gelten.

PRÄSIDENT *(Abstimmung)*: Der Dringlichkeitsantrag ist einstimmig angenommen.

Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schneidmadl.

Landesrat SCHNEIDMADL: Hoher Landtag! Es ist unvergessen, daß schon nach dem ersten Weltkrieg neben anderen damals neutralen Staaten auch Schweden großzügige Hilfsaktionen vor allem für unsere Kinder durchgeführt hat. Im Zuge dieser Hilfsaktionen hat sich damals auch Schweden bereit gefunden, in Niederösterreich ein Kinderkrankenhaus einzurichten, das wir als das „Schwedenstift“ in Perchtoldsdorf kennen. Auch nach dem zweiten Weltkrieg, der noch viel mehr Leiden hinterlassen hat als der erste, war wieder Schweden einer der ersten Staaten, die uns hilfreich beigesprungen sind und durch Rädde Barnen eine segensreich wirkende Hilfsaktion für die Kinder eingerichtet hat. Schweden und vor allem Göteborg haben uns wissen lassen, daß sie bereit wären, das „Schwedenstift“ auszubauen und uns zu helfen, einen Zubau, der erstellt werden soll, einzurichten.

Heuer im Frühjahr hatte ich Gelegenheit, mit Vertretern von Rädde Barnen das „Schwedenstift“ in Perchtoldsdorf zu besichtigen und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Zubau an das baulich unzulängliche Schwedenstift nicht rationell wäre. Ich habe den schwedischen Herren das Gelände und auch die Gebäude gezeigt, wo wir unser Landeskrankenhaus einrichten wollen. Ich habe ihnen vorgeschlagen, auf diesem Gelände im Rahmen des Landeskrankenhauses auch ein modernes Kinderkrankenhaus zu errichten. Die Vertreter von Rädde Barnen waren damit einverstanden und wir haben daraufhin durch unser Landesbauamt Pläne erstellen lassen und mein Sanitätsreferat hat eine Liste von Bedarfsgegenständen für das Kinderkrankenhaus angelegt, die wir in Österreich nicht beschaffen können. Wir haben der schwedischen Gesandtschaft in Wien diese Pläne und die Listen übergeben und waren der Überzeugung, daß jetzt die Sache in Ordnung gehen wird.

Eine Anfrage bei der Gesandtschaft in Schweden hat mich aber davon überzeugt, daß man oben von der ganzen Angelegenheit noch sehr wenig weiß, daß insbesondere die Pläne und die Liste in Schweden noch nicht eingelangt sind. Unser Legationssekretär Dr. Bruno Kreisky in Stockholm war der Meinung — und es hat sich herausgestellt, daß diese Meinung sehr zutreffend war —, daß es zweckmäßig wäre, wenn man an Ort und Stelle mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten in Verbindung treten würde. Dr. Bruno Kreisky hat in vorbildlicher und dankenswerter Weise die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Als der Sanitätsdirektor Dr. Stremnitzer und ich in Stockholm angekommen sind, hatte Dr. Kreisky das Programm bereits bis ins einzelne fertiggestellt. Wir sind von Tag zu Tag von einer Institution zur anderen geleitet worden und haben so Gelegenheit bekommen, mit allen in Frage kommenden Persönlichkeiten in Verbindung zu treten. Wir hatten auch die Möglichkeit, die vorbildliche Organisation des Krankenhauses- und Gesundheitswesens in Schweden kennenzulernen. Ich muß Ihnen gestehen meine Frauen und Herren, mir ist das Herz schwer geworden, als ich sah, was in einem Lande, das das Glück hatte, sich von zwei großen Weltkriegen fernzuhalten, in denen der größte Teil Europas verwüstet und zerstört worden ist, möglich ist.

Wir haben zum Beispiel das Südkrankenhaus in Stockholm besichtigt; dieses ist ohne Übertreibung das modernste Krankenhaus der Welt, ein Krankenhaus, wie es sich nur ein Land vom Reichtum Schwedens leisten kann. Als man die Absicht hatte, dieses Krankenhaus zu erstellen, wurden, wie das üblich ist, von Architekten Pläne verfaßt. Daraufhin hat die Stadtgemeinde Stockholm Experten in alle Länder der Welt hinausgesandt, in denen es moderne Krankenhäuser gibt. Diese Experten hatten den Auftrag, das Beste und Modernste, was sie dort finden, zu studieren und mitzubringen. In einer Kommission wurde das Ergebnis dieser Expertise verarbeitet, die Pläne wurden umgestaltet, aber noch immer wurde nicht zu bauen begonnen. Man hat jetzt die einzelnen Räume des Krankenhauses als Modell in natürlicher Größe erstellt, und zwar mit verschiebbaren Wänden, hat die Einrichtung, die hineinkommen sollte, hineingegeben und hat dann die Ärzte und Pflegerinnen zu Rate gezogen, ob so alles zweckmäßig oder ob noch etwas zu ändern wäre. Erst dann wurde das Krankenhaus gebaut.

In Schweden beschäftigt man sich immer wieder auch mit folgendem Problem: Wie kann man dem psychischen Schock, den jeder Kranke

erleidet, der aus seiner Familie und seinem Heim heraus in ein Krankenhaus kommt, auf ein Mindestmaß reduzieren? Selbstverständlich kann man dieses Ziel nur erreichen, indem man die Krankenhäuser und die Krankenzimmer so schön und wohnlich gestaltet, daß der Kranke im Krankenhaus sein Heim nicht vermißt — wobei ich in Parenthese bemerken möchte, daß wir keine Vorstellung von dem Wohnungs- und Lebensstandard des schwedischen Volkes haben. Ich hatte auch die Möglichkeit, andere vorbildlich eingerichtete Krankenanstalten und ein Provinzkrankenhaus zu sehen.

Wir fuhren dann auch nach Göteborg, das sich bereit erklärt hat, uns diesen Zubau beim Kinderkrankenhaus möglich zu machen. Nach einem Presseempfang, Besichtigung der Stadt und der dortigen Krankenhäuser war zu unseren Ehren ein Empfang. Die Spitzen der Stadtgemeinde Göteborg, Frau Oberpräsidentin Dr. Emma Jacobsson, die Vorsitzenden der Europahilfe und des Österreichischen Hilfskomitees sowie andere maßgebende Persönlichkeiten waren vertreten. Als erstes Geschenk wurde mir diese Mappe überreicht (*zeigt eine Mappe vor*), in der es heißt, daß die Europahilfe in Göteborg auf Initiative der Ehrenvorsitzenden Frau Dr. Jacobsson beschlossen hat, dem Land Niederösterreich 20.000 kg gesalzene Heringe zur Verfügung zu stellen (*Beifall*).

Als ich dieses Geschenk einigermaßen skeptisch lächelnd entgegengenommen hatte, meinte die Frau Oberpräsidentin: „Erschrecken Sie nicht, wir wissen schon, daß die Österreicher mit unseren vorzüglichen Heringen — die Nordseeheringe sind fetter als die Ostseeheringe — nicht recht umzugehen wissen. Wir werden Ihnen daher die notwendigen Rezepte beistellen, damit Sie diese Heringe auf nordische Art verarbeiten können.“

Bei jedem Essen in Schweden ist es üblich, daß unter den vielen Vorspeisen, die serviert werden, auch Heringe sind; diese sind eine solche Delikatesse, daß ich jetzt diese Mappe schon höher einschätze, wenn ich mir vorstelle, daß ich mit Hilfe des Herrn Kollegen Steinböck eine Konservenfabrik ausfindig machen werde, wo diese Heringe verarbeitet werden. Wir haben die Absicht, sie dann an unsere Krankenanstalten und Altersheime hinauszugeben.

Noch wichtiger aber ist, daß über unsere Intervention, die durch unseren Konsul Ing. Viktor Reich ganz vorzüglich vorbereitet wurde, uns ein Betrag von 150.000 Schwedenkronen für die Einrichtung des Kinderkrankenhauses zugesichert worden ist. (*Beifall*.) Die Europahilfe hat diesen Betrag aufgebracht

und bereits an Rädde Barnen übermittelt. Ich hatte in Stockholm Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden von Rädde Barnen, Frau Oberpräsidentin Lewinsson, zu sprechen, die sich in liebenswürdiger Weise bereit gefunden hat, dafür zu sorgen, daß aus diesem Betrag die Einrichtung in Schweden angekauft wird, die wir auf unserer Liste verzeichnet haben. *(Beifall.)*

Wir haben natürlich auch Gelegenheit genommen, auf die besorgniserregenden Gesundheitsverhältnisse in unserem Lande hinzuweisen und bei dem Presseempfang in Göteborg habe ich auseinandergesetzt, wie außerordentlich groß die Tuberkulose in Niederösterreich verbreitet ist und wie schwer wir es haben, den Kampf gegen diese Volksseuche zu führen. Es wurde uns versprochen, daß man uns helfen wird, ein modernes Schirmbildgerät in Schweden zu beschaffen, damit wir die Reihenuntersuchungen auf Tuberkulose in unserem Land Niederösterreich rationeller als bisher durchführen können. Wir haben in den Krankenanstalten neben anderen vorbildlichen Einrichtungen Operationsstühle gefunden, die man in Wien noch nicht kennt. Es wurde uns in Aussicht gestellt, daß wir einen oder zwei solcher Operationsstühle für unser Landeskrankenhaus bekommen werden *(Beifall)*. Sowohl die Europahilfe als auch die Österreichhilfe und Frau Oberpräsidentin Dr. Jacobsson haben versichert, sie werden alles tun, um noch weitere Mittel aufzubringen.

Es besteht vielleicht auch die Möglichkeit, Einrichtungsgegenstände für unser Landeskrankenhaus besonders günstig zu erhalten, vorausgesetzt, daß sich die internationale politische Situation in der nächsten Zeit einigermaßen beruhigt. Es haben nämlich auch die großen Städte Schwedens während des Krieges Spitäler bereitgestellt — wir würden sie Reservespitäler nennen —, die glücklicherweise nie benützt werden mußten. Diese Spitäler und ihre Einrichtungen sind für schwedische Begriffe bereits wieder veraltet. Wir haben die Hoffnung, daß wir von diesen Einrichtungsgegenständen, die für unsere Begriffe natürlich hochmodern sind, manches werden erhalten können. Auch nach dieser Richtung wird sich Frau Oberpräsidentin Dr. Jacobsson bemühen. *(Beifall.)*

In Stockholm hatte ich Gelegenheit, Herrn Sozialminister Gustav Möller zu sprechen, den man als den Schöpfer des modernen sozialen Schwedens bezeichnen kann und der auch der Initiator der Europa- und Österreichhilfe ist. Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, dem Herrn Minister sowohl im Namen des Landes Niederösterreich als auch für ganz Österreich den herzlichsten Dank für die Hilfsaktion, die

Schweden durchführt, auszusprechen. *(Großer Beifall im ganzen Haus.)*

Ich wurde dann von dem Herrn Ministerpräsidenten Tage Erlander eingeladen, an einem Abendessen teilzunehmen. Es waren dort neben dem Herrn Ministerpräsidenten der Verkehrsminister Torsten Nilsson, der Staatssekretär im Sozialministerium Per Nyström, der Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei Sven Anderon und eine Reihe anderer führender Persönlichkeiten des politischen Lebens in Schweden anwesend und selbstverständlich war auch an meiner Seite mein Freund und Dolmetsch Dr. Bruno Kreisky. Es war eine sehr herzliche Aussprache.

Ich konnte die Herren im Detail über die Schwierigkeiten, unter denen wir zu leiden haben und die sich unserem Wiederaufbau entgegenstellen, eingehend informieren.

Am Schluß des Abendessens hat der Herr Ministerpräsident Erlander eine sehr freundschaftliche Ansprache an mich gerichtet und unter anderem auseinandergesetzt, daß natürlich auch Schweden die Hilfsaktion in internationalem Maßstab, wie sie gegenwärtig geführt wird, nicht unbegrenzt aufrechterhalten kann. In dem einen oder anderen europäischen Staat mußten diese Aktionen bereits eingestellt werden. Selbstverständlich wird sie aber in den beiden skandinavischen Staaten, die Opfer des Krieges geworden sind, nämlich in Norwegen und Finnland, solange als möglich fortgeführt. Der Herr Ministerpräsident gab mir dabei die Versicherung: Ebsolange als Schweden in den skandinavischen Ländern seine Hilfsaktion fortsetzt, wird Schweden diese Hilfsaktion auch in Österreich fortsetzen. *(Großer Beifall im ganzen Haus.)*

Ich habe diese Zusage mit dem größten Dank entgegengenommen und habe bei dieser Gelegenheit auch Anlaß genommen, dem Chef der schwedischen Regierung und den übrigen anwesenden Herren den Dank Niederösterreichs und den Dank Österreichs für all die große Hilfe, die wir von Schweden erfahren haben, zum Ausdruck zu bringen. *(Stürmischer, lang anhaltender Beifall im ganzen Haus.)*

PRÄSIDENT: Ich danke dem Herrn Landesrat Schneidmadl für seinen Bericht über die Schwedenhilfe.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

In fünf Minuten findet eine vertrauliche Sitzung des Landtages statt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 15 Uhr 45 Minuten.)